

Nese Erikli

Bundestagskandidatin Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Wahlkreis Konstanz

1. Der Staat Israel hält seit 1967 die Westbank inklusive Ost-Jerusalem und den Gaza-Streifen besetzt. Auch wenn Verantwortung im Bereich der Verwaltung teilweise auf die Palästinensische Autonomiebehörde übertragen wurde, bestimmt die israelische Regierung als Besatzungsmacht insgesamt das Leben der Palästinenser in diesen Gebieten. Über eine halbe Million jüdische Siedler haben sich in der Zwischenzeit in der Westbank und in Ostjerusalem niedergelassen. Nicht nur sind die natürlichen Ressourcen wie Wasser und Zugang zu Farmland ungleich verteilt, auch werden die beiden Bevölkerungsgruppen durch zwei Rechtssysteme unterschiedlich behandelt, wobei die Palästinenser unter Militärrecht offen diskriminiert werden. Durch die Besatzung hat sich damit über die letzten 45 Jahre ein großes Ungleichgewicht im Blick auf die Behandlung von Israelis und Palästinensern durch den Staat Israel eingestellt.

Frage: Ist in Ihren Augen die Beendigung der Besatzung eine Bedingung für einen gerechten Frieden für Israelis und Palästinenser?

Antwort:

Für die Grünen ist eine Regelung des Konflikts zwischen Israel und Palästina nur innerhalb einer Struktur von zwei nebeneinander existierenden Staaten möglich. Hierfür muss die israelische Besatzung ein Ende finden und auch die innerpalästinensische Spaltung überwunden werden.

2. Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern hatten bis zum heutigen Tag stets eine Zwei-Staaten-Lösung zum Ziel. Für das Sicherheitsbedürfnis des in Israel lebenden Volkes und das Streben nach Souveränität der Palästinenser scheint dies auch weiterhin theoretisch die naheliegende Lösung des Jahrzehnte dauernden Konflikts. Die Realitäten vor Ort lassen dieses Szenario allerdings äußerst unrealistisch erscheinen. Vor allem die Siedlungsaktivitäten nachfolgender israelischer Regierungen in der Westbank verhindern die Errichtung eines palästinensischen Staates in einem zusammenhängenden Gebiet.

Frage: Halten Sie die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin für realistisch und erstrebenswert? Wenn JA: Welche Schritte sollte die zukünftige Bundesregierung unternehmen, um diese Lösung zu unterstützen? Wenn NEIN: Welches Szenario halten Sie für realistischer oder eher erstrebenswert?

Antwort:

Mit Blick auf die Entwicklungen der letzten Zeit wird eine Zwei-Staaten-Lösung immer schwieriger. Dennoch bin ich der Überzeugung, dass nur durch die Zwei-Staaten-Lösung eine faire Konfliktregelung zu erreichen ist.

3. Im Rahmen der Friedensverhandlungen von Oslo und mit Ausblick auf die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates stimmte die damalige Palästinenserführung einer Aufteilung der Westbank in drei Zonen zu. Bis heute hat sich diese Aufteilung nicht wesentlich verändert. Weiterhin hält die Palästinensische Autonomiebehörde die alleinige Kontrolle nur über etwa 18% der Westbank. Immerhin etwa 62% der Westbank stehen unter vollständiger ziviler und militärischer Verwaltung durch Israel. In diesem Gebiet liegen die israelischen Siedlungen, die nach internationalem Recht illegal sind. Gleichzeitig erhalten die Palästinenser hier nur in 4 von 100 Fällen Baugenehmigungen und werden so entweder zu illegaler Bautätigkeit (die Folgen sind meist Hauszerstörungen) oder Umsiedlung in die A und B Gebiete gezwungen.

Frage: Wie sollte die zukünftige Bundesregierung auf den Tatbestand des zunehmenden illegalen israelischen Siedlungsbaus in der Westbank bei gleichzeitiger Verweigerung des Rechts auf Wohnraum für Palästinenser in den C-Gebieten reagieren?

Antwort:

Ich begrüße die bisher geleistete Unterstützung der Bundesregierung für palästinensische Ortschaften und bin der Meinung, dass diese weiterzuführen ist. Die Bundesregierung muss unbedingt fordern, dass Anordnungen zur Zerstörung von Projekten, die mit deutschen Geldern gebaut wurden, zurückgenommen werden.

4. Deutschland unterstützt finanziell Projekte in der Westbank, bei denen z.B. Solaranlagen in palästinensischen Dörfern gebaut werden, womit der örtlichen Bevölkerung Zugang zu Elektrizität verschafft wird. Einige dieser Projekte liegen in den C-Gebieten und erhalten daher keine offizielle Genehmigung durch die israelische Militärverwaltung. Auch wenn es noch nicht zu konkreten Zerstörungen deutscher Projekte in der Westbank gekommen ist, liegen doch mehrere Zerstörungs-anordnungen vor, die jederzeit ausgeführt werden könnten.

Frage: Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach reagieren, wenn den Bestrebungen deutscher Entwicklungspolitik derart rigide zuwidergehandelt wird?

Antwort:

Um die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung zu verbessern, wurden von Deutschland Stromanlagen mit Solar- und Windenergie finanziert. Damit diese Projekte weiterhin bestehen bleiben, muss die Bundesregierung gegenüber der israelischen Regierung klar Stellung beziehen.

5. Etwa 300 palästinensische Kinder und Jugendliche sind ständig in israelischen Gefängnissen; mit ihrer Behandlung verstoßen die israelischen Behörden gegen internationales Recht (Eltern werden nicht über den Verbleib ihrer Kinder informiert, Anwälte werden nicht zugelassen, Verfahren vor Militärgerichten, Gefängnisstrafen ab dem Alter von 12 Jahren möglich).

Frage: Halten Sie es für akzeptabel, dass der Staat Israel verschiedene rechtliche Standards an die Behandlung jüdischer oder palästinensischer Kinder anlegt? Wo sehen Sie Möglichkeiten für die deutsche Politik, diesem Unrecht entgegenzutreten?

Antwort:

Ich verlange, dass alle Kinder gemäß der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen behandelt werden müssen. Auch die grüne Bundestagsfraktion hat bereits in einem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, von den Konfliktparteien zu verlangen, dass jugendliche palästinensische Inhaftierte mit dem entsprechenden Schutz behandelt werden.